

**Rede
von**

Oliver Lottke, MdL

zu TOP Nr. 34

Erste Beratung

**Missbrauch verhindern - Sozialleistungsbetrug mit
Kindergeldzahlungen ins Ausland bekämpfen!**

Antrag der Fraktion der AfD – Drs. 18/5634

während der Plenarsitzung vom 31.01.2020
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

Johann Wolfgang von Goethe hat einmal gesagt: „Getretener Quark wird breit, nicht stark.“ – Was für ein weitsichtiger Dichturfürst. Er kannte die AfD nicht und hat Sie doch trefflich beschieden.

In aller Ernsthaftigkeit muss ich für die SPD-Fraktion Ihren heutigen Antrag zurückweisen. Sie wollen hier unter der Vortäuschung, sich um Sozialleistungsbetrug kümmern zu wollen, eigentlich nur Ihr Kerngeschäft betreiben: Verhöhnern und spalten.

Sie wollen, dass Kindergeldleistungen für Kinder von EU-Ausländern, die im Ausland leben, an die dortigen sozialen Standards angepasst werden.

Sie wollen, dass die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik erweitert wird, indem Leistungserschleichungen und Sozialleistungsbetrügereien, soweit sie von Ausländern begangen werden, dezidiert beziffert und in der Statistik mit Schadenshöhe benannt werden.

Sie wollen das alles. Und wir wollen das nicht.

Anrede,

damit könnte man es bewenden lassen, aber ich will Ihnen gerne noch die Gründe nennen.

Politik ist ja ein Geschäft, in dem man dazulernen kann – nutzen Sie die Chance, meine Damen und Herren der AfD-Fraktion.

Zu Ihrem Ansinnen, ins Ausland geleistete Kindergeldzahlungen für Kinder von EU-Ausländern an die dortigen sozialen Standards und Lebensbedingungen anzupassen, kann ich Ihnen sagen: Das haut Ihnen spätestens der Europäische Gerichtshof sowas von um die Ohren – und das mit Recht.

Vielleicht ist es Ihnen entgangen oder mit Ihrem Weltbild nicht vereinbar, aber wir haben in der EU die Arbeitnehmerfreizügigkeit und halten daran aus guten Gründen fest. Auch deshalb, weil viele Menschen aus dem EU-Ausland und Nicht-EU-Staaten bei uns ganz wertvolle Arbeit leisten in klaren Mangelbranchen wie im Pflegebereich, im Gesundheitswesen allgemein, im Tourismus und im Reinigungsgewerbe, um nur einige Beispiele zu nennen.

Anrede,

wer durch seinen Einsatz für die Gesellschaft Ansprüche erwirbt, erwirbt diese bedingungslos und muss sich nicht bieten lassen, von Ihnen als Mensch zweiter Klasse behandelt zu werden. Ganz abgesehen davon, dass niemand klar differenzieren kann, wo die Kinder, um deren soziale Absicherung es geht, tatsächlich leben – Ihr Vorhaben ist abenteuerlich und es wird nicht besser, wenn Sie auf Österreich zeigen. Der dort

gewählte Weg ist nicht rechtssicher, und wir werden dieses menschenverachtende Himmelfahrtskommando nicht demokratisch legitimieren.

Anrede,

gestatten Sie mir ein Wort zu meinem Kollegen, dem SPD-Bundestagsabgeordneten Helge Lindh. Der hat ihren Sangesbrüdern im Bundestag neulich in für mich eindrucksvoller Weise bei einem ähnlich gelagerten Antrag – Sie wollten die Gesamtkosten der Integration von Geflüchteten wissen – ins Gesangbuch geschrieben, dass der Wert des Menschen in seiner Würde begründet ist. Sie messen die Würde daran, ob jemand einen migrantischen Hintergrund hat oder nicht.

Heute versuchen Sie hier erneut, Ihren getretenen Quark zu recyceln, und damit werden Sie scheitern. Denn aus gutem Grund heißt es bei uns im Grundgesetz in Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Die Würde des *Menschen*. Nicht die des *Deutschen*. Vielleicht lesen Sie das nochmal nach. Sie von der AfD wissen von vielem den Preis, aber von viel zu wenig den Wert. Es ist schäbig, wie Sie hier agieren.

Anrede,

Gleiches bei der geplanten Ausweitung der Polizeilichen Kriminalstatistik PKS. Der Innenminister hat Ihnen dazu ja schon die politische Plattheit Ihres Anliegens bescheinigt, als Sie im Sommer eine Anfrage dazu gestellt haben. Das gilt auch heute noch, aber ich will versuchen, Ihnen nochmal zu erklären, warum das großer Mumpitz ist.

Die PKS wird auf der Grundlage bundesweit abgestimmter Richtlinien erstellt – vom Bundeskriminalamt, das dazu die Länderdaten auswertet. Daher ist ein niedersächsischer Alleingang – wie Sie es wünschen – nicht möglich, und er ist auch nicht sinnvoll, weil die von Ihnen angestrebte Detailtiefe für die polizeiliche Ermittlungsarbeit irrelevant ist. Würden wir Ihrem diskriminierenden Ansinnen folgen, wäre nur eines erreicht: Dass wir ein Bürokratiemonster schaffen, deren Ergebnisse nur dazu dienen sollen, Ihre Propaganda-Maschinen am Laufen zu halten. Und dafür werden wir nicht stimmen.

Anrede,

die Hoffnung stirbt zuletzt. Ich habe die Hoffnung, dass wir im Ausschuss von Ihnen noch Aufklärendes zu hören bekommen. Groß, das will ich Ihnen nicht verhehlen, ist sie nicht.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.